

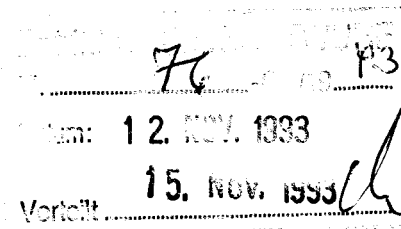


REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG
GZ 10.001/133-1.7/93

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991,
das Verwaltungsstrafgesetz 1991 und das
Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991
geändert werden;

Stellungnahme

Sachbearbeiter
Kmsr Dr. Meinhart
Tel.-Nr.: 515 95/2294
Fax.-Nr.: 515 95/3270



An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

A. Böhner

Das Bundesministerium für Landesverteidigung beehrt sich in der Anlage
25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zu dem vom Bundeskanzleramt versendeten
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine
Verwaltungsverfahrensgesetz 1991, das Verwaltungsstrafgesetz 1991 und das
Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 geändert werden, zu übermitteln.

9. November 1993
Für den Bundesminister:
Schliefner

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Lidl



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG
GZ 10.001/133-1.7/93

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991,
das Verwaltungsstrafgesetz 1991 und das
Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991
geändert werden;

Stellungnahme

Sachbearbeiter
Kmsr Dr. Meinhart
Tel.-Nr.: 515 95/2294
Fax.-Nr.: 515 95/3270

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1014 Wien

Zu den mit der do. Note vom 9. September 1993, GZ 600.127/9-V/2/93, versendeten
Novellen zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen nimmt das Bundesministerium für
Landesverteidigung wie folgt Stellung:

1. Zur Frage der Schaffung von "Behördenferien":

Die Schaffung von "Behördenferien" durch eine dem § 225 ZPO vergleichbaren
Regelung im AVG mit der Wirkung der Hemmung des Fristenlaufes erscheint aus
ho. Sicht entbehrlich.

2. Zur Frage der Neufassung des § 6 AVG:

Eine Neufassung des § 6 AVG, wonach die Einbringung von Anbringen bei der
unzuständigen Behörde als fristgerecht zu werten ist, wird aus ho. Sicht im Hinblick
auf die Parteienfreundlichkeit dieser Vorschrift befürwortet. Ergänzend zu dieser
Regelung sollte jedoch legistisch dafür Vorsorge getroffen werden, daß die
sechsmonatige Entscheidungsfrist gemäß § 73 AVG erst ab Einlangen des
Anbringens bei der zuständigen Behörde zu laufen beginnt.

3. Zu § 63 Abs. 5 AVG:

Die in dieser Bestimmung vorgesehene Verlängerung der Berufungsfrist von zwei Wochen auf einen Monat wird, auch wenn dies der Vereinheitlichung der Fristen dient, seitens des ho. Ressorts wegen der damit verbundenen Rechtsunsicherheit infolge Hinauszögerung der Rechtskraft nicht befürwortet.

4. Zu § 64 a Abs. 1 AVG:

§ 64 a Abs. 1 AVG in der Entwurffassung sieht vor, daß eine Berufungsvorentscheidung zulässig ist, "wenn nur eine der Parteien Berufung erhoben hat".

Aus dem Wortlaut dieser Bestimmung geht nicht hervor, daß eine Berufungsvorentscheidung auch im Einparteienverfahren oder bei gleichlautenden Berufungen mehrerer Parteien möglich sein soll. Eine zweckorientierte Interpretation des § 64 a Abs. 1 AVG in der Entwurffassung muß jedoch zu dem Ergebnis führen, daß diese Bestimmung eine Berufungsvorentscheidung auch in den beiden zuletzt genannten Fällen ermöglicht. Zur Vermeidung von diesbezüglichen Fehlinterpretationen des § 64 a Abs. 1 AVG sollte zumindest in den erläuternden Bemerkungen eine Klarstellung vorgenommen werden.

5. Zu § 44 Abs. 1 Z 2 VStG:

Gemäß § 44 Abs. 1 Z 2 VStG in der Entwurffassung hat die Niederschrift "Zeit und Ort der Geburt", das Straferkenntnis gemäß § 51 h Abs. 6 Z 2 VStG in der Entwurffassung aber "Tag und Ort der Geburt" zu enthalten.

Nach ho. Ansicht, wäre es zweckmäßiger, auch in § 44 Abs. 1 Z 2 VStG die Angabe von "Tag und Ort der Geburt" in der Niederschrift vorzusehen.

Dem Präsidium des Nationalrates wurden 25 Kopien dieser Stellungnahme übermittelt.

9. November 1993
Für den Bundesminister:
Schlifflner

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Redl

